

# BEKANNTMACHUNG

## Verlängerungssatzung zur Satzung der Gemeinde Binswangen über eine Veränderungssperre für den Bereich der Grundstücke Fl.Nrn. 232/1, 267 und 268 der Gemarkung Südwestlich der Dillinger Straße

Die Gemeinde Binswangen hat mit Beschluss des Gemeinderats Binswangen vom 04.05.2021 die Veränderungssperre gemäß § 14 Baugesetzbuch (BauGB) für den Bereich der südwestlich der Dillinger Straße und nördlich des Brunnenwegs als Satzung beschlossen. Gemäß § 17 Abs. 1 Satz 3 BauGB kann die Veränderungssperre um ein Jahr durch eine Verlängerungssatzung verlängert werden, hierzu wurde vom Gemeinderat Binswangen der Beschluss am 03.05.2023 gefasst. Dieser Beschluss wird hiermit gemäß § 16 Abs. 2, § 17 Abs. 1 Satz 3 i.V.m. § 10 Abs. 3 Baugesetzbuch (BauGB) ortsüblich bekannt gemacht. Mit dieser Bekanntmachung tritt die Verlängerungssatzung zur Veränderungssperre in Kraft (§ 16 Abs. 2, § 17 Abs. 1 Satz 3, § 10 Abs. 3 Satz 4 BauGB). Der Geltungsbereich zur Verlängerungssatzung der Veränderungssperre ist aus dem beiliegenden Plan ersichtlich. Jedermann kann die Verlängerungssatzung zur Veränderungssperre mit der Begründung bei der Verwaltungsgemeinschaft Wertingen, Schulstraße 12, 86637 Wertingen (Schloss), Zimmer Nr. 111, während der allgemeinen Dienststunden (Montag bis Freitag von 08:00 bis 12:00 Uhr und zusätzlich am Donnerstag von 14:00 bis 18:00 Uhr) einsehen und über deren Inhalt Auskunft verlangen.

Zusätzlich sind diese auch online einsehbar unter:

[https://binswangen.de/?page\\_id=5988](https://binswangen.de/?page_id=5988)

Auf die Voraussetzungen für die Geltendmachung der Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften und von Mängeln der Abwägung sowie die Rechtsfolgen des § 215 Abs. 1 BauGB wird hingewiesen:

Unbeachtlich werden demnach

1. eine nach § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 BauGB beachtliche Verletzung der dort bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften,
2. eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 BauGB beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplans und des Flächennutzungsplans und
3. nach § 214 Abs. 3 Satz 2 BauGB beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs und
4. nach § 214 Abs. 2a BauGB im beschleunigten Verfahren beachtlichen Fehler,

wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit Bekanntmachung der Satzung schriftlich gegenüber der Gemeinde unter Darlegung des die Verletzung oder den Mangel begründenden Sachverhalts geltend gemacht worden sind.

Außerdem wird auf die Vorschriften des § 18 Abs. 2, Abs. 3 und § 44 Abs. 4 BauGB hingewiesen. Danach kann ein Entschädigungsberechtigter Entschädigung verlangen, wenn die in § 18 Abs. 1 BauGB benannten Vermögensnachteile für eine länger als vier Jahre dauernde Verlängerungssperre eingetreten sind. Er kann die Fälligkeit des Anspruchs dadurch herbeiführen, dass er die Leistung der Entschädigung schriftlich bei dem Entschädigungspflichtigen beantragt. Auf das Erlöschen des Entschädigungsanspruchs findet § 44 Abs. 4 mit der Maßgabe Anwendung, dass bei einer Veränderungssperre, die die Sicherung einer Festsetzung nach § 40 Abs. 1 oder § 41 Abs. 1 zum Gegenstand hat, die Erlöschenfrist frühestens ab Rechtsverbindlichkeit des Bebauungsplans beginnt.

Wertingen, den 08.05.2023  
Verwaltungsgemeinschaft Wertingen  
für die Gemeinde Binswangen



Willy Lehmeier  
1. Bürgermeister  
Gemeinschaftsvorsitzender

An allen Amtstafeln:

Angeschlagen am: 08.05.2023  
Abgenommen am: .....  
Verk.-Buch-Nr.: 49/2023